

Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

November 2017

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

die Sondierungsgespräche zwischen CDU, CSU, Grünen und FDP sind gescheitert. CDU und CSU haben intensiv für ein Gelingen der Gespräche gekämpft. Bedauerlicherweise waren die erzielten Fortschritte nicht ausreichend, um die FDP zur Übernahme von Verantwortung für unser Land zu bewegen. Nun ist erst einmal der Bundespräsident am Zuge, um mit Gesprächen Neuwahlen zu verhindern. Ich stehe Neuwahlen sehr skeptisch gegenüber. Erstens gibt es schon heute politische Mehrheiten (mit SPD bzw. mit Grünen/FDP) und zweitens kann ich den Souverän nicht so lange wählen lassen, bis mir das Ergebnis passt. Was ist, wenn sich nach einer Neuwahl die Kräfteverhältnisse nicht geändert haben? In solch politisch schwierigen Zeiten müssen die demokratischen Kräfte Verantwortung für das Land übernehmen, deshalb gilt es aus meiner Sicht, Neuwahlen zu verhindern.

In dieser Woche fanden sich die 709 Abgeordneten aus 6 Fraktionen zu einer verkürzten Sitzungswoche in Berlin zusammen, da am Ende des Jahres wichtige Bundeswehrmandate auslaufen, die durch den Deutschen Bundestag verlängert werden müssen. Alle sollten um je drei Monate verlängert werden. Hervorzuheben ist etwa der Einsatz unserer Soldaten zur Unterstützung der internationalen Koalition gegen den IS. Weiterhin ging es um die Verlängerung unseres Afghanistanengagements mit 980 Soldaten. Schließlich boten wir u.a. die Fortsetzung des schwierigen Einsatzes von 1.000 Soldaten in Mali. Auch die Entscheidung der Iren, ihre Kredite vorzeitig an den IWF zurückzuzahlen, bedurfte einer Zustimmung des Deutschen Bundestages und stand daher auf der Tagesordnung.



Ich freue mich, dass es endlich wieder eine Sitzungswoche in Berlin gab, in der ich meinen Heimatwahlkreis in Berlin vertreten durfte, wenngleich ohne bestehende Ausschussmitgliedschaften keine intensive inhaltliche Arbeit begonnen hat.

Es bleibt zunächst abzuwarten, welches Ergebnis die Gespräche des Bundespräsidenten haben werden. CDU/CSU stehen bereit für Gespräche mit SPD und FDP. Wir verweigern uns nicht der Verantwortung für unser Land. Dennoch sind auch wir bereit uns einem erneuten Wählervotum zu stellen, wenn dies zum Erreichen einer stabilen Bundesregierung erforderlich werden sollte.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre.

Herzliche Grüße

Ihr

Markus Koob



Blick auf die aktuellen politischen Themen

„Jamaika“-Sondierungsgespräche • Bundeswehreinsätze • Irische Kreditrückzahlung •
Deutsche Wirtschaft im Wachstum

Sondierungsgespräche:

Ein Ende mit Überraschungspotential

Bei vier beteiligten Parteien waren die inhaltlichen Unterschiede erwartungsgemäß sehr groß. In den Sondierungsgesprächen hat es aber auch in schwierigen Themenfeldern inhaltliche Kompromisse gegeben, die ich zu Anfang der Gespräche nicht für möglich gehalten habe. Am vergangenen Wochenende standen wir bei den Sondierungsverhandlungen entsprechend nah an einer inhaltlichen Einigung. In zahlreichen Punkten hatten wir bereits Einigungen erzielt, die gut für unser Land gewesen wären. Nun ist es anders gekommen. Ich respektiere die Entscheidung der FDP, aber ich teile sie inhaltlich nicht. Ich respektiere auch das Verhandlungsverhalten der Grünen, die sich teilweise weit bewegt hatten. Es ist nicht die Stunde für Schuldzuweisungen, die Bürgerinnen und Bürger werden sich selbst ein Urteil über dieses Wochenende bilden.

Millionen Bürgerinnen und Bürger sind enttäuscht, dass wir in dieser Sondierung nicht zu einem Kompromiss und zu einer Einigung gekommen sind. Am 24. September haben fast 47 Millionen Bürger gewählt und sie haben uns, ihren Repräsentanten, einen Auftrag gegeben, daraus eine gute Regierung für unser Land zu bilden. Der konsenterte Verhandlungsstand vom Sonntagabend enthielt zahlreiche Unionspunkte, die gut für unser Land gewesen wären:

Paket für Familien: Verständigt hatte man sich auf eine Erhöhung des Kindergeldes um 25 Euro pro Monat und eine entsprechende Anpassung des Kin-

derfreibetrages. Unstreitig war ebenso die Einführung eines Baukindergeldes. Eine Erleichterung des Familienalltags hätte der schon geeinte Rechtsanspruch zur Betreuung von 2,8 Millionen Grundschulkindern gebracht.

Pflege: Nachdem wir in der vergangenen Legislaturperiode 5 Mrd. Euro pro Jahr für Leistungsverbesserungen für Pflegebedürftige beschlossen haben, hatten wir uns auf ein Sofortprogramm Pflege verständigt. Damit sollte u. a. eine bessere Bezahlung in der Alten- und Krankenpflege kommen.

Landwirtschaft und ländliche Räume: Hier bestand Einigkeit, die bäuerliche Landwirtschaft nicht gegen Aspekte des Tierwohls auszuspielen, sondern gemeinsam mit den Landwirten mehr zu erreichen. Wir wollten hier nicht mit der Keule des Ordnungsrechts, sondern mit Anreizen arbeiten. Es bestand Konsens über eine zusätzliche Milliarde Euro jährlich, die dem Ausbau von Ställen und sonstigen Bereichen der Landwirtschaft hätte zugutekommen sollen.

Soli-Abbau / Steuerentlastung: Wir hatten einen Abbau des Solidaritätszuschlags in der Weise angeboten, dass am Ende dieser Legislaturperiode rund $\frac{3}{4}$ aller Bürger keinen Solidaritätszuschlag mehr hätten zahlen müssen. Zudem bestand Einigkeit über eine Steuerreform zugunsten von Beziehern ganz kleiner Einkommen.

Wirtschaft/Soziales/Rente/Ehrenamt: Wir waren einig, die Sozialversicherungsbeiträge bei 40 % zu deckeln und sowohl den Mindestlohn beim Ehrenamt als auch die Pflege zu entbürokratisieren. Wir waren uns darüber einig, Frauen mit einer kleinen Rente eine Aufstockung bis zur Grundsicherung so zu gewähren, dass sie dafür nicht zum Amt gehen müssen.

Innere Sicherheit: Geeint waren zusätzliche 7.500 Polizeistellen beim Bund sowie ein klares Bekenntnis dazu, durch mehr Videoüberwachung für mehr innere Sicherheit zu sorgen.

Außen- und Verteidigungspolitik: Hier bestand Konsens, dass wir weder in die eine noch in die andere Richtung eine Sonderstellung akzeptieren können, sondern Deutschland ein verlässlicher Partner in Europa und der Welt bleibt.

Auch FDP und Grüne hatten wichtige Vorhaben für sich verbuchen können. So hatten wir etwa ein Einwanderungsgesetz samt Punktesystem akzeptiert, was beiden Partnern wichtig war. Den Solidaritätszuschlag wollten wir insgesamt im zweistelligen Milliardenbetrag in oben beschriebener Weise abbauen, so dass am Ende der Legislatur $\frac{3}{4}$ der Bürger keinen Soli mehr bezahlt hätten. Im Bildungsbereich wollten wir einen Nationalen Bildungsrat, der analog zum Wissenschaftsrat tätig werden kann, ohne die Zuständigkeit der Länder für die Bildung in Frage zu stellen. Wir waren – was den Grünen wichtig war – beim Thema Klima und Energie zu Kompromissen und zu einer Reduktion der Kohleverstromung um 7 GW bis 2020 bereit. Wir hatten ein Hinweisgebergesetz und ein Lobbyregister akzeptiert und sogar, was sowohl FDP als auch Grünen wichtig war, statt der sog. Vorratsdatenspeicherung eine anlassbezogene Datenspeicherung einzuführen. Und schließlich waren wir sehr nah an einem vernünftigen Kompromiss in der Migrationsfrage, mit dem wir die Migration hätten besser steuern und begrenzen können.

Weil wir um unsere Verantwortung wissen, sind wir als Union, als geschlossene Einheit von CDU und CSU, weiterhin bereit, unserem Land eine gute Regierung unter Führung unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel zu stellen. Sie hat in den vergangenen vier Wochen erneut bewiesen, warum sie zu Recht seit zwölf Jahren an der Spitze der Bundesregierung steht und warum sie das Land weiter gut führen kann. Nun kommt es darauf an, dass sich alle politischen Parteien ihrer besonderen Verantwortung bewusst werden und zuerst an das Land und erst viel später an sich selbst denken. ■

Beschlüsse des Deutschen Bundestages:

Fortsetzung von Bundeswehreinmätsen

In dieser Woche stand die Einbringung wichtiger Mandate für die Auslandseinsätze der Bundeswehr im Mittelpunkt. Es geht um insgesamt sieben Mandate, fünf davon laufen Ende dieses Jahres, zwei Ende Januar 2018 aus. Alle sollen um je

drei Monate verlängert werden. Uns als Union ist wichtig, dass Deutschland außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähig bleibt und seine Bündnisverpflichtungen erfüllt. Folgende Bundeswehreinmätsen wurden verlängert:

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Maritimen Sicherheitsoperation **SEA GUARDIAN** im Mittelmeer. Ziel dieser Mission ist es durch Flugzeuge und Schiffe ein umfassendes Lagebild zu erstellen und den Mittelmeerraum zu überwachen.

Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur **Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS** auf Grundlage von Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen in Verbindung mit Artikel 42 Absatz 7 des Vertrages über die Europäische Union und den Resolutionen 2170 (2014), 2199 (2015), 2249 (2015) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie des Beschlusses der Staats- und Regierungschefs vom NATO-Gipfel am 8./9. Juli 2016 und konkretisierenden Folgebeschlüssen des Nordatlantikrats. Der deutsche Beitrag dient der Unterstützung der internationalen Allianz zum Kampf gegen die Terrororganisation „IS“ und zur Unterstützung Frankreichs durch die Bereitstellung von Luftbetankung, Aufklärung, Schutz in einem Flugzeugträgerverband und Stabspersonal zur Unterstützung. Das aktuelle Mandat des Bundestags vom 10. November 2016 beinhaltet die Ausweitung des Einsatzes um AWACS-Flugzeuge der NATO. Sie überwachen Flugbewegungen über Syrien, operieren dazu jedoch ausschließlich im NATO- oder internationalem Luftraum.

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz **Resolute Support** für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan. Die afghanischen Sicherheitskräfte sind heute grundsätzlich in der Lage, die Sicherheitsverantwortung zu übernehmen. Sie dabei zu unterstützen, ist Ziel der Mission. Allerdings bleibt die Sicherheitslage volatil und der Ausbildungsbedarf ist groß.

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der **AU-/VN-Hybrid-Operation in Darfur** (UNAMID) auf Grundlage der Resolution 1769 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2007 und folgender Resolution, zuletzt 2363 (2017) vom 29. Juni 2017. Wir stellen Einzelpersonal in den Stäben und Experten, z.B. Logistik-, IT-, medizinische Unterstützung sowie Hilfe bei technischer Ausrüstung durch Experten, um das Darfur-Friedensabkommen vom 5. Mai 2006 zu unterstützen.

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission in Südsudan (UNMISS) auf Grundlage der Resolution 1996 (2011) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 8. Juli 2011 und Folgeresolutionen, zuletzt 2327 (2016) vom 16. Dezember 2016. Die Bundeswehr unterstützt mit Blauhelmen, die als Stabspersonal im UNMISS-Hauptquartier Dschuba sowie als Militärbeobachter in der Fläche des Landes eingesetzt sind, die Friedensmission der Vereinten Nationen.

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) auf Grundlage der Resolutionen 2100 (2013), 2164 (2014), 2227 (2015), 2295 (2016) und 2364 (2017) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 25. April 2013, 25. Juni 2014, 29. Juni 2015, 29. Juni 2016 und 29. Juni 2017. In Mali beteiligt sich die Bundeswehr an zwei Einsätzen. Eine davon ist die Mission MINUSMA. Sie soll zur Stabilisierung Malis beitragen. Die Soldaten haben ein robustes Mandat, das auch den Einsatz von Waffen erlaubt. Hauptaufgabe von MINUSMA ist, die Umsetzung des Friedensabkommens zu unterstützen sowie insbesondere die staatliche Autorität zu stärken, mit Fokus auf den Norden und das Zentrum des Landes.

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der **Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte**. In Nordirak wurden bislang mit internationalen Partnern insgesamt etwa 15.700 Sicherheitskräfte der Regierung Region Kurdistan-Irak ausgebildet, hiervon mehr als 5.000 durch Deutschland. Schwerpunkte der Ausbildung sind u.a. Sanitätswesen, infanteristische Grundlagenausbildung und Kampfmittelabwehr.

Deutschland trägt mit diesen Bundeswehreinsätzen ganz konkret zu einer Stabilisierung und Befriedung der Welt bei. Menschenrechte und Wohlstand können nur in stabilen und befriedeten Ländern gedeihen. Die Bundeswehr leistet in den genannten Missionen einen herausragenden Beitrag. In Hinblick

auf eine kommende Bundesregierung ist es an uns Parlamentariern ein verlässlicher Partner für die deutschen Soldatinnen und Soldaten zu sein und für eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung unserer Truppe zu sorgen. Ich werde mich auch in Zukunft dafür einsetzen. ■

Beschluss des Deutschen Bundestages:

Irland: vorzeitige Kreditrückzahlungen an IWF, Dänemark & Schweden

Irland beabsichtigt, seine Restschulden aus den 2010 bis 2013 empfangenen Finanzhilfen vorzeitig an den Internationalen Währungsfonds sowie an Dänemark und Schweden zurückzuzahlen.

Auf Antrag des Bundesministeriums der Finanzen beriet der Deutsche Bundestag nach § 3 Abs. 2 Nr. 2 des Stabilisierungsmechanismusgesetzes darüber, auf die Anwendung der sogenannten Parallelitätsklausel auf Irland zu verzichten, wonach das Land auch die weiteren vereinbarten Kredite (an EFSF, EFSM und das Vereinigte Königreich) vorzeitig zurückzahlen müsste. Wir tragen durch die Zustimmung zur vorgezogenen Tilgung zu einer Zinsentlastung Irlands über 150 Mio. Euro bei. Dies verbessert die langfristige Schuldentragfähigkeit Irlands und belegt, dass die Euro-Stabilisierungspolitik funktioniert. ■

Zahlen und Fakten:

Wirtschaft im Wachstum

Die deutsche Wirtschaft wuchs im dritten Quartal des Jahres um 2,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum und bleibt damit das Zugpferd der Euro-Zone. Als Grund hierfür wird vornehmlich der hohe Anstieg der Exporte, vor allem von Maschinen und von Fahrzeugen gesehen. Deutsche Exporte profitierten dabei auch von der verbesserten Weltkonjunktur und dem allgemeinen Aufschwung in der Euro-Zone. Dank dieser günstigen Rahmenbedingungen prognostiziert der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das Jahr 2017 einen Gesamtzuwachs von 2,0 Prozent – der achte Zuwachs in Folge. Auch 2018 setzt sich mit erwarteten 2,2 Prozent das Wirtschaftswachstum fort. (Quelle: Reuters) ■

Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel 030/227-75549
Fax 030/227-76549

markus.koob@bundestag.de
www.markus-koob.de

